



Hauptausschuss

38. Sitzung (öffentlicher Teil)*)

27. November 2003

Düsseldorf - Haus des Landtags

11:00 Uhr bis 12:10 Uhr

Vorsitz: Edgar Moron (SPD)

Stenografin: Heike Niemeyer

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

Vor Eintritt in die Tagesordnung

1

hier: **Antrag der Fraktion der FDP "Verhandlungen in Abstimmung mit dem Landesparlament erneut aufnehmen und Kulturstiftungen des Bundes und der Länder jetzt fusionieren!"**

Drucksache 13/4418

Auf Antrag der Fraktion der FDP erklärt der Ausschuss den Antrag "Verhandlungen in Abstimmung mit dem Landesparlament erneut aufnehmen und Kulturstiftungen des Bundes und der Länder jetzt fusionieren!" Drucksache 13/4418 für erledigt und fordert den Minister für Städtebau und Wohnen, Kultur und Sport, Dr. Vesper, auf, dem Ausschuss über den Fortgang der Beratungen zu diesem Thema fortlaufend zu berichten.

*) Nichtöffentlicher Teil
s. APr 13/1029, TOP 5

- 1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für die Haushaltsjahre 2004 und 2005 (Haushaltsgesetz 2004/2005) und Gesetz zur Änderung des Landesbesoldungsgesetzes** 1
- Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 13/4500
- a) **Einführungsbericht zum Einzelplan 01 - Landtag** 1
- b) **Einführungsbericht zum Einzelplan 02 - Geschäftsbereich des Ministerpräsidenten** 4
- c) **Einführungsbericht zum Einzelplan 15 - Geschäftsbereich des Ministeriums für Wirtschaft und Arbeit** 11
hier: **Landeszentrale für Politische Bildung**

Der Ausschuss verständigt sich darauf, die abschließende Beratung und Abstimmung am 8. Januar vorzunehmen.

- 2 Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen und zur Regelung eines Kostenfolgeabschätzungs- und eines Beteiligungsverfahrens gemäß Artikel 78 Abs. 3 der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen** 13
- Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 13/4424
- In Verbindung damit:**
- Gesetz zur Änderung der Landesverfassung - Konnexitätsprinzip in der Landesverfassung verankern** 14
- Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU
Drucksache 13/2279
Vorlage 13/1813
Ausschussprotokoll 13/634

Der Ausschuss will am 5. Februar ab 14:00 Uhr zu diesem Komplex eine Anhörung durchführen.

**3 Städte- und Gemeindefinanzierung mit Zukunft
Verlässliche Einnahmen - Gemeindeeigene Steuern - Wegfall der Gewerbesteuer** 14

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 13/3578

Ausschussprotokoll 13/928

- Abschließende Beratung und Abstimmung über eine Beschlussempfehlung an den federführenden Ausschuss für Kommunalpolitik

Der Ausschuss kommt überein, keine Stellungnahme abzugeben.

4 Gesetz zur Stärkung der Bürgerbeteiligung und der kommunalen Selbstverwaltung - GO-Reformgesetz 2003 15

Gesetzentwurf
der Fraktion der FDP
Drucksachen 13/3899 und 13/3996

Ausschussprotokoll 13/942

- Abschließende Beratung und Abstimmung über ein Votum an den federführenden Ausschuss der Kommunalpolitik

Der Ausschuss kommt überein, auf ein Votum zu verzichten.

weiter angeboten wird. Für weitere spezielle Projekte der politischen Weiterbildung stehen dann allerdings keine Mittel mehr zur Verfügung.

Es bleibt festzuhalten, dass das Land nach wie vor der politischen Bildung eine große Bedeutung innerhalb der Weiterbildung beimisst. Dies gilt ebenso für die Unterstützungsfunktion, die die Landeszentrale für Politische Bildung in diesem Bereich hat. Sie ist auch weiterhin unerlässlich.

Die Landesregierung weiß, dass die Träger und Einrichtungen der politischen Bildung mit ihren Angeboten dazu beitragen, die demokratische Kultur unseres Landes zu stärken und mit ihrem pluralen, breit gefächerten inhaltlichen Angebot den Menschen helfen, Orientierung in Zeiten des Strukturwandels und der großen gesellschaftlichen Umbrüche zu finden.

Werner Jostmeier (CDU) empfindet es als "bemerkenswert", wenn das "eigene" Haus keine Konsolidierungsbeiträge leisten müsse und man die massiven Kürzungen stattdessen zulasten der Pluralität bei den Trägern der Bildungsarbeit, den Stiftungen und den übrigen freien Trägern, gehen lasse. Diese Richtungsentscheidung zugunsten derjenigen, die die "Regierungswahrheit" verkündeten und propagierten auf der einen und zu Ungunsten der freien Träger halte die CDU-Fraktion für falsch.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE) greift die mit den Trägern begonnene Diskussion über die Notwendigkeit, wegen der verminderten Mittelansätze die Richtlinien und Förderstrukturen zu überprüfen, auf. In diesem Zusammenhang sei von kommunaler Seite der Hinweis an sie herangetragen worden, dass bestimmte Richtlinien die Arbeit zusätzlich erschwerten.

RegAng Dr. Schulten (MWA) stellt klar, dies gelte nicht für die hier in Rede stehende politische Bildungsarbeit; auf diesem Sektor werde wie in der Vergangenheit nach Einzelfall unter Berücksichtigung der jeweiligen wirtschaftlichen Situation der einzelnen Träger entschieden.

Der **Ausschuss** verständigt sich darauf, die abschließende Beratung und Abstimmung am 08. Januar vorzunehmen.

2 Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen und zur Regelung eines Kostenfolgeabschätzungs- und eines Beteiligungsverfahrens gemäß Artikel 78 Abs. 3 der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 13/4424

In Verbindung damit:**Gesetz zur Änderung der Landesverfassung - Konnexitätsprinzip in der Landesverfassung verankern**

Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU
Drucksache 13/2279

Vorlage 13/1813

Ausschussprotokoll 13/634

Vorsitzender Edgar Moron erinnert an die im Kreis der Obleute am 13. November 2003 erzielte Einigung, am 5. Februar 2004 ab 14:00 Uhr zu diesem Komplex eine kleine Anhörung durchzuführen. Das Ausschusssekretariat habe als Hilfestellung zur Benennung der Expertinnen und Experten die ursprünglich benannten Sachverständigen noch einmal in einer Liste zusammengestellt und diese an die Fraktionen weitergeleitet. Er bitte darum, aus dieser Liste möglichst bald auszuwählen und es dem Ausschusssekretariat dadurch zu ermöglichen, die Einladungen herauszuschicken.

Der **Ausschuss** will am 5. Februar 2004 ab 14:00 Uhr zu diesem Komplex eine Anhörung durchführen.

**3 Städte- und Gemeindefinanzierung mit Zukunft
Verlässliche Einnahmen - Gemeindeeigene Steuern - Wegfall der Gewerbesteuer**

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 13/3578

Ausschussprotokoll 13/928

- Abschließende Beratung und Abstimmung über eine Beschlussempfehlung an den federführenden Ausschuss für Kommunalpolitik

Der **Ausschuss** kommt überein, keine Stellungnahme abzugeben.